

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/115

Bad Godesberg, den 20. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Dankenswerte Offenheit</u> Meyers und die "Kleine Koalition" in Düsseldorf	20
	<u>70.000 DM in der Schweiz...</u> Das Konto des Herrn Evers vom Bundesverteidigungsministerium	20
2 - 3	<u>Wohnungspolitik mit verändertem Kurs (II und Schluß)</u> Mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau Von Klaus Rusticus, Hannover	62
4 - 5	<u>Die Großen und die Kleinen</u> Europa und die Fernmeldesatellitensysteme Von Walter Ramk	62
6	<u>Brasilien</u> Druck auf den neuen Präsidenten Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	46

Dankenswerte Offenheit

Meyers und die "Kleine Koalition" in Düsseldorf

sp - Mit dankenswerter Offenheit hat der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Franz Meyers, CDU, jetzt zugegeben, wie nach dem überwältigenden Wahlsieg der SPD im Juli 1966 die "Kleine Koalition" zwischen CDU und FDP mit nur einer Stimme Mehrheit zustande gekommen war. Herr Meyers sagte, er sei damals für eine "Große Koalition" gewesen (SPD plus CDU), sei aber trotzdem eine "Kleine" mit der FDP eingegangen, weil er "unter massivem Druck aus Bonn, besonders des damaligen Bundeskanzlers Erhard, gestanden" habe. - Dieses Bekenntnis Meyers ist deswegen interessant, weil die CDU nach den Landtagswahlen im vergangenen Jahr sowohl in Bonn als auch in Düsseldorf immer wieder behauptet hatte, sie stehe keineswegs unter einem Druck der Bonner Parteizentrale und erst recht nicht unter einem Druck des damaligen Bundeskanzlers Erhard. Was Herr Meyers sonst noch in Düsseldorf sagte, ist ebenfalls interessant. Er gab zu, daß man in Nordrhein-Westfalen - besonders in wirtschaftlicher Hinsicht - heute sicher viel weiter wäre, wenn man gleich auf breitester parlamentarischer Grundlage die Lösung der anstehenden Probleme in Angriff genommen hätte. Wir nehmen an, daß Herr Meyers schon vor einem Jahr diese Einsicht hatte. Um so bedauerlicher ist es, daß er sich damals dem jetzt offen zugegebenen Druck Erhards beugte.

+ + +

70.000 DM in der Schweiz...

Das Konto des Herrn Evers vom Bundesverteidigungsministerium

sp - Die Staatsanwaltschaft Bonn hat gegen den wegen schwerer passiver Bestechung in zwölf Fällen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilten früheren Regierungsdirektor Karl Evers vom Bundesverteidigungsministerium erneut Anklage erhoben. Wie es heißt, soll Herr Evers von der Columbia-Commerz-Corporation auf ein Konto in der Schweiz 70.000 DM erhalten haben. Auch andere frühere Beamten des Bundesverteidigungsministeriums sollen jetzt vor den Kadi kommen.

Wer die Debatte um den Bundesverteidigungshaushalt verfolgt hat, wird wissen, daß besonders der SPD-Abgeordnete Berkhan den Bundesverteidigungsminister Schröder aufforderte, er solle in seinem Ministerium auch das Beschaffungswesen genau durchleuchten. Dabei ging es Berkhan wohl weniger um den "Fall Evers", als vielmehr um den Gesamtkomplex des Beschaffungswesens, das ja auch im engsten Zusammenhang mit der Verteidigungsplanung steht. - Bezeichnend ist nämlich eine Bemerkung von Herrn Evers, die er seinerzeit im ersten Verfahren gemacht hat. Gefragt, ob er von einer Firma auf ein Konto in der Schweiz bestimmte Summen eingezahlt bekommen habe, erklärte er: "Ich habe ein solches Konto, wie alle Menschen heutzutage." - Vielleicht fragt man Herrn Evers demnächst, w e n n er damit gemeint habe, als er sagte, "wie alle Menschen heutzutage".

+ + +

## Voralterung und Spätschäden

### Probleme der Spätheimkehrer

Von Willy Bartsch, MdB

Das 7. Heimkehrer-Deutschlandtreffen in Essen war eine bedeutende politische Veranstaltung. Die demonstrativ aufgestellten Forderungen und die Bedeutung und Dringlichkeit der wichtigsten Anliegen des Verbandes der Heimkehrer forderten und fanden die gebührende Beachtung, sowohl bei der deutschen Öffentlichkeit als auch bei den Vertretern von Staat und Politik. Bescheidener nach Außen nahm sich eine sozialmedizinische und sozialpolitische Tagung aus, die dem Treffen vorausgegangen war. Es war nicht das erste Unternehmen dieser Art. Der Verband kann eine bedeutsame Schriftenreihe über ärztlich-wissenschaftliche Probleme der Spätheimkehrer vorweisen, die sich auf Verhandlungen von Kongressen stützt, die in zweijährigem Turnus stattgefunden haben. Die diesjährige Tagung bewies, daß die Fragen von Voralterung und Spätschäden bei Spätheimkehrern, Konzentrationslagerhäftlingen, Vertriebenen usw. ständig an Bedeutung gewinnen. Sie stellen die Wissenschaft, die Politik und die Verwaltung (einschließlich Versicherung) vor vielfältige und wachsende Probleme.

Erfreulich ist die Feststellung von Professor Dr. Schenck, daß aus den Kreisen der Heimkehrer der Wille zur Rehabilitation, Tapferkeit, Unverzagtheit und zum Lebensmut den Bemühungen zum Helfen entgegenkommt. Es wurde festgestellt, daß Menschen, die unter extremsten Verhältnissen bis zu elf Jahren ein Leben fristen mußten, nachweislich drei- bis vierfach höhere Gesundheitsschäden davongetragen haben, als es sonst unter normalen Verhältnissen üblich ist. Dystrophien schwerster Art, Schäden, die sich z.B. an der Leber usw. einstellten, zeigten ihre Spätfolgen. Daran stand als Leitspruch über Tagung das Wort: "Ermutigung den Lebenden". Gesellschaft und Staat stehen hier der Gefahr einer sonst notwendig werdenden vorzeitigen Übernahme in die Rentenversicherung gegenüber. Rechtzeitige Frühheilverfahren, rechtzeitige Gesundheitsmaßnahmen können zu einer noch späteren Rehabilitation führen.

Angedeutet kann hier nur werden, daß auch die soziologische Seite des Problems, die Gefahr des beruflichen Absinkens und der Minderung des Sozialstatus besondere Beachtung verdient. Besonders Handarbeiter und auch Facharbeiter sind in mittelschweren Fällen vom sozialen Abstieg bedroht. Bei schweren Fällen ist der soziale Abstieg mit all den Folgen für die Lebensgemeinschaft kaum zu vermeiden. Mit der Feststellung der Schäden ist es aber noch nicht getan. Dr. von Nathesius konnte interessante Unterlagen aus dem Sanatorium Killersbach der Landesversicherung Hessen vorlegen. Diese und andere dankenswerte Untersuchungen sollten wertvolle Hilfen sein, die durch das Bemühen des Verbandes der Heimkehrer dem Staate geboten werden. - In der Öffentlichkeit sind die Probleme bisher nicht unbeachtet geblieben. In diesem Zusammenhang kann gesagt werden, daß es die Fraktion der SPD nicht versäumt hat, die Bundesregierung auf notwendige Maßnahmen hin anzusprechen. Eine mündliche Anfrage, die ich am 17. Februar 1967, wegen der Errichtung eines notwendig gewordenen zentralen Forschungsinstituts an die Bundesregierung gerichtet hatte, fand nicht die gewünschte Resonanz. Das Interesse aber, das Gesundheitsminister Käte Strobel an diesen Problemen zu erkennen gegeben hat, läßt hoffen, daß auf diesem wichtigen Gebiete Fortschritte möglich sind.

Wohnungspolitik mit verändertem Kurs (II und Schluß)

Mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau

Von Klaus Rusticus, Hannover

Bundeswohnungsbauminister Lauritzen ist gewillt, die Neugestaltung des sozialen Mietrechts in Verbindung mit der Hinausschiebung des Abschlußtermins für die Wohnungsbewirtschaftung bis Ende 1968, auch möglicherweise gegen den Widerstand des Haus- und Grundbesitzes, durchzusetzen.

Kapitaleinsatz sorgfältiger vorbereiten

Wenn der Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundeigentümer folgert, daß die angestrebte Verstärkung der Sozialklausel den Bauwillen der privaten Bauherren lähme, dann würde sich nur bestätigen, daß sich Angebot und Nachfrage bereits eingependelt haben und somit eine solide Konsumwahl für Mieter und Wohnungssuchende möglich ist. Dann würde - wie jüngst geschehen - der Deutsche Mieterbund nicht mehr an die Bundesregierung appellieren müssen, für eine Beruhigung der Mietpreise Sorge zu tragen. Dann wäre sicher auch nicht mehr eine Verstärkung der Sozialklausel nötig, weil sich jeder private Vermieter wohlweislich überlegen müßte, wie er einen lästigen (oder nicht so finanzkräftigen) Mieter loswerden könnte.

Niemand kann einen wohnungspolitischen Idealzustand schaffen. Angesichts vieler Finanzierungsruinen und freistehender, zu teurer Wohnungen, die frei finanziert worden sind, haben sich private Bauherren zu fragen, ob sie bei ihrem Kapitaleinsatz nicht eine gewisse Zwangssituation vor Augen hatten, die sich früher, in heute "Weißen Kreisen" abzeichnete.

Insofern stellt sich die Frage, ob nicht die gern zitierte Lähmung des "privaten Bauwillens" durch dirigistische Maßnahmen nichts anderes ist als der Appell an alle Bauträger, ihren Kapitaleinsatz im Wohnungsbau sorgfältiger vorzubereiten - ihn erst aufgrund einwandfreier Analysen vorzunehmen.

Wie sieht die Bedarfslage aus?

Den HAUSBAU-Informationen von Anfang Juni zufolge wünschten - nach den Ergebnissen der Ein-Prozent-Wohnungstichprobe von 1965 - 12,4 Prozent der Haushalte einen Wohnungswechsel. Das heißt also: Jeder achte Haushalt wollte "die Tapeten wechseln". 1,9 Prozent strebten nach einer eigenen oder, soweit sie bereits eine Wohnung besaßen, nach einer anderen Wohnung. Über 75 Prozent der Haushalte strebten eine Mietwohnung an, 19 Prozent wollten ein eigenes Haus bauen oder erwerben und rund zwei Prozent wünschten eine Eigentumswohnung.

Als Ziel der nächsten Jahre bezeichnete Minister Lauritzen die Erstellung von ca. 400 000 - 450 000 Neubauwohnungen pro Jahr. Davon sollen mindestens 200 000 mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Dem Minister schwebt dabei eine verstärkte Förderung nach Schwerpunkten vor.

Die Auffassungen größerer Wohnungsbauträger im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau sind geteilt. Die Stimmen, die für die Weiterführung plädieren, sind vor wie nach stark. So forderte jüngst der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen eine Erhöhung der Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau, weil die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen um mehr als 60 Prozent zurückgegangen ist. Vor allem junge Familien, ältere Personen und kinderreiche Haushalte würden davon betroffen. Angesichts der Baulandpreissituation wurde dem Gesetzgeber empfohlen, die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden im Bodenverkehrs- und -preisrecht besonders herauszustellen.

### Keine Sterilität bei der öffentlichen Förderung

Im ersten Vierteljahr 1967 wurden in der Bundesrepublik einschließlich Berlin 58 638 Wohnungen (3,5 Prozent mehr als im Vorjahr) gebaut. Die Zahl der neu erteilten Baugenehmigungen und damit die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen (im ersten Vierteljahr 1967 mit ca. 108 200 um mehr als 16 Prozent oder 21 000 hinter der Zahl des Vorjahres) ging aber zurück. Nach Auffassung der Geschäftsstelle Öffentlicher Bausparkassen wird die Entwicklung zu einem weiteren deutlichen Abbau des Wohnungsbauvorrats führen, der Anfang des Jahres 1967 immerhin noch bei 764 300 WE lag. Die Schwäche am Baumarkt wird durch das Investitionsrisiko, das selbst große Bauträger scheuen, geschürt. Gleichwohl ist es die Klage auch von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, daß z.T. weniger wirklichkeitsechte Mietpreise bei älteren Beständen und der Wunsch nach einer gewissen "Mietenentzerrung" besteht, um über kürzere Abschreibungsmöglichkeiten das Investitionsrisiko zu verringern, sollte das ein sachlicher Diskussionspunkt aller beteiligten Partner sein. Auch die Frage, wie ein "unternehmensrechtes" Mietpreisgefüge konstruiert werden könnte, sollte Inhalt weiterer sachlicher Erörterungen im Zusammenhang mit den vielen Detailfragen sein, die hier nicht alle aufgegriffen werden können.

In der Gesamtbeurteilung der gegenwärtigen Wohnungspolitik zwingt sich die Erkenntnis auf, daß sie einen veränderten, nicht einen total geänderten Kurs "fährt". Die vom organisierten Haus- und Grundeigentum geäußerte Befürchtung, durch diesen veränderten Kurs solle die soziale Marktwirtschaft Schritt für Schritt dezimiert werden, entbehrt der sachlichen Basis.

### Zusammenarbeit ist erstes Gebot

Statt nunmehr in "Opposition zu machen", sollten private Bauträger von sich aus alles tun, um den Baumarkt zu beleben. Es geht dabei - besonders im Wohnungsbausektor - nicht ohne unternehmerisches Risiko, das zwar sorgfältig abzuwägen, aber grundsätzlich zu bejahen ist, wenn das gemeinsame Streben nach dem echten freien Wohnungsmarkt verbindlich für alle ist.

## Die Großen und die Kleinen

### Europa und die Fernmeldesatellitensysteme

Von Walter Ramm

Die beiden Weltmächte USA und Sowjetunion sind in der Entwicklung nichtmilitärischer Satellitensysteme zum Zwecke von Funk- oder Radioübertragungen europäischen Ländern weit vorausgeeilt. Die friedliche Nutzung von Satellitensystemen im Weltraum stand und steht noch in der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unter dem Eindruck ausschließlicher Nutzung für militärische Zwecke. Diese Voreingenommenheit hat dazu geführt, daß die USA und die UdSSR nahezu ein Monopol auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Nutzung der Raumfahrt errichten konnten und auch nicht gewillt sind, ihr Monopol aus den Händen zu geben. Auf das sowjetische Programm haben die westeuropäischen Länder so gut wie keinen Einfluß. Trotzdem kann es uns nicht gleichgültig sein, wenn die USA die mit ihnen befreundeten europäischen Staaten in der Entwicklung solcher Systeme als *quantité négligeable* behandeln.

Die USA haben die nationale kommerzielle Gesellschaft COMSAT zu einem Instrument ihrer Politik und ihres Geschäftes gemacht. Daß nicht nur der amerikanische Geschäftssinn in der besonderen Konstruktion der COMSAT seinen Ausdruck fand, sondern daß auch eminent nationalstaatliche Interessen dort investiert werden, geht schon daraus hervor, daß in der COMSAT nicht mehr als 20 Prozent der Aktien sich in ausländischer Hand befinden dürfen.

Die Weltorganisation für die Systeme der Fernmeldesatelliten, die INTELSAT, unterliegt ebenfalls weitgehend amerikanischen Einflüssen. Mindestens 53,8 Prozent der INTELSAT-Aktien müssen in der Verfügungsgewalt der USA verbleiben.

Über COMSAT haben die USA einen monopolartigen Einfluß auf die Vergabe von Forschungsaufträgen und Industrieausschreibungen. Nicht-amerikanische Firmen haben so gut wie keine Chance, namhafte Aufträge zu erlangen. Hierbei kommt den Amerikanern zustatten, daß die über große Erfahrungen aus der militärischen Nutzung der Raumfahrt verfü-

gen, daß sie einen erheblichen Zeitvorsprung haben und daß sie vor allem seit Jahren konzentriert und koordiniert forschen, entwickeln und konstruieren.

Mangelnde Forschungs- und Entwicklungsaufträge aus dem INTELSAT-Programm an die nichtamerikanische Wirtschaft läßt den großen Abstand, der sich zwischen Europa und den USA aufgetan hat, immer mehr vergrößern. Die europäische Forschung und Wirtschaft ist damit in einen verhängnisvollen circulus vitiosus geraten, aus dem sie sich, will sie den Anschluß an das 21. Jahrhundert nicht verpassen, befreien muß. In der Bundesrepublik und auch in anderen europäischen Ländern sind Sparsamkeitsapostel am Wirken, die immer wieder verkünden, es sei völlig überflüssig und eine große Geldverschwendung, wenn Europa eigene Raketen oder Satelliten entwickle; sie könnten viel preiswerter in den USA oder der UdSSR gekauft werden.

Das ist Sparsamkeit am falschen Platz. Es geht nicht nur um die Entwicklung dieser Geräte, hier geht es um das, was die Engländer spin off nennen, es geht um die riesige Zahl von Erfindungen, Patenten und Verfahren, die bei der Entwicklung der Satellitensysteme anfallen und auf die eine moderne Technik nicht verzichten kann. All das, was auf diesem Gebiet entwickelt worden ist, muß heute in Amerika mit teuren Lizenzgebühren bezahlt werden - und es liegt in der Natur der Dinge, daß nicht das Allerneueste zur Verfügung gestellt werden kann.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Berkhan hat zu diesen Fragen einen Bericht erstellt und der SFD-Abgeordnete Fleming verwies erst kürzlich auf einer WEU-Tagung auf den unhaltbaren Zustand, der in der europäischen Entwicklung von Satellitensystemen entstanden ist. Wohlgemerkt, es handelt sich um die friedliche Nutzung des Raumes. Berkhan hat in seinem Bericht den Vorschlag unterbreitet, neben der COMSAT eine EUROSAT zu gründen, die ein gewichtiges Wort in der INTELSAT mitreden könnte. Europa darf den Anschluß nicht verpassen!

## Brasilien

### Druck auf den neuen Präsidenten

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Seit dem 15. März ist in Brasilien ein neuer Präsident im Amt, der trotz aller Vorbehalte versucht, die Folgen der von seinen Offizierskollegen am 31. März 1964 begonnenen Militärdiktatur zu lindern und überfällige demokratische Reformen in Angriff zu nehmen. Marschall Arthur da Costa e Silva, der ganz anders als sein Vorgänger Humberto Castelo Branco die wirtschaftliche Wiedergesundung und die Hebung des allgemeinen Lebensstandards zum obersten Ziel seiner Politik erhoben hat, wird dennoch von den Scharfmachern unter den Militärs gebremst.

Mehrfach wurden namentlich erwähnte brasilianische Generale in Zusammenhang mit einer Verschwörung gegen den neuen Präsidenten in der Presse genannt, was den Heeresminister General Tavares veranlaßte, im Namen der Streitkräfte sofort eine Loyalitätserklärung für den Staatschef abzugeben.

Auch der Präsident der brasilianischen Atomenergie-Kommission, Professor Uriel da Costa Copeiro, ist in die Schußlinie der "Ultras" unter den hohen Offizieren geraten. Der Atomspezialist wendet sich gegen einen Bruch des interamerikanischen Vertrages von Mexiko, der Lateinamerika zur kernwaffenfreien Zone erklärt. Verübelt wird ihm vor allem die Zusammenarbeit mit Frankreich auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bisher waren die USA das einzige Land, das aus Brasilien Rohuran bezog.

Die stets gut informierte Zeitung "Ultima Hora" (Rio de Janeiro) verweist auf eine Gruppe von vier Generälen, die den Präsidenten zur Herstellung eigener Atombomben zwingen wollen.

Nicht nur von dieser Seite wird auf da Costa e Silva Druck ausgeübt: Die unruhigen Studenten demonstrieren seit Wochen gegen die "wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten" und gegen die durch politische Säuberungsmaßnahmen bedingte Abwanderung von etwa 400 wissenschaftlichen Kapazitäten in die USA und nach Westeuropa. Auch die katholische Kirche meldet politische Forderungen an wie die Ausweisung presbyterianischer Missionare aus Nordostbrasilien, weil sie "klinisch noch nicht erprobte Anti-Baby-Pillen" verteilt haben sollen - eine Anschuldigung, die sich inzwischen die Regierung zueigen machte.

Eine radikale Änderung der sozialen Struktur verlangten Brasiliens Bischöfe bei ihrer jüngsten Konferenz, als sie beschlossen, das in Kirchenbesitz befindliche Ackerland für die Bodenreform zur Verfügung zu stellen. In Belo Horizonte (Bundesstaat Minas Gerais) protestierten die Delegierten des Nationalkongresses der Katholischen Arbeiterjugend gegen das Fortbestehen des alten Feudalkapitalismus, der Brasiliens Arbeitnehmer von den politischen Entscheidungen ausschleife. Die Wirtschaftslage ist denkbar ungünstig: Brasilien gehört zusammen mit Argentinien, dem Kongo und Indonesien zu jenen Ländern in der Welt, die an der Spitze der jährlichen Zuwachsrate der Inflation mit über 35 Prozent stehen.